

Geschichtsrevisionismus der AfD Thüringen

Jakob Schergaut

Abstract: *This article analyses the role of historical distortion and revisionism in the political strategy of the far-right party Alternative für Deutschland (AfD) in the German federal state of Thuringia. Rather than treating history as a subject of critical reflection, the AfD deploys it as an ideological battleground to assert interpretive authority. In the lead-up to the 2024 European, municipal, and state elections — as well as the 80th anniversary of the end of World War II in 2025 — the Thuringian AfD intensified its historical-political interventions. These targeted both Germany's culture of remembrance and the interpretation of the former GDR, blending revisionist narratives with nationalist tropes. The party's approach, marked by contradictions, tactical adaptability, and deliberate manipulation, manifested across parliamentary debates, campaign events, and digital platforms. The article identifies five interrelated dimensions of the AfD's historical politics: (1) expanding the boundaries of permissible discourse, (2) revising the culture of remembrance, (3) delegitimizing democratic institutions, (4) mobilizing voter resentment, and (5) ethno-nationalist resignification. For this purpose, social media posts, AfD-run Telegram channels, parliamentary debates, and campaign appearances were analysed and classified according to their argumentative function. Finally, the article examines why Thuringia's specific historical, cultural, and political conditions make the region particularly susceptible to the AfD's revisionist agenda. The analysis builds upon and substantially expands a previously published essay co-authored with Johannes Streitberger.*

Keywords: *Deutschland; digitale Geschichte; Social Media; Wahlkampf*

1. Einleitung

Für die Alternative für Deutschland (AfD) ist Geschichte kein Gegenstand kritischer Reflexion, sondern ein ideologisches Schlachtfeld, auf dem um

die Deutungshoheit gerungen wird. Am Ende dieses Prozesses steht in den Worten Björn Höckes als Vorsitzendem der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag der »aufrechte Gang« (vgl. Schindler 2025). Damit verneint er nicht nur historische Verantwortung, sondern verspricht auch neue nationale Größe. Während Geschichtspolitik – als »öffentlicher Umgang mit Geschichte« (Wolf- rum 1999: 25) zur politischen Legitimierung, Mobilisierung und Diffamierung – allen demokratischen Parteien gemein ist, zeichnet sich die Thüringer AfD durch einen dezidierten Geschichtsrevisionismus aus. Dieser relativiert den Nationalsozialismus durch Verharmlosung, Rechtfertigung oder Gegenrechnungen alliierter Verbrechen (Bailer-Galanda/Neugebauer 1996: 28) und bedient sich dabei teils bewusster Verfälschungen historischer Quellen (Widmann 2005: 62). Trotz begrifflicher Unschärfen (vgl. Bormuth 2023) wird der Terminus Geschichtsrevisionismus in diesem Essay verwendet, da er seiner Intention nach gezielt die Lehren aus den NS-Verbrechen für die Demokratie infrage stellt.

Die Thüringer AfD intensivierte im Vorfeld der Wahlen 2024 und angesichts des 80. Jahrestags des Kriegsendes 2025 ihre geschichtspolitischen Vorstöße. Im Fokus stand dabei die als »Schuldkult« diffamierte bundesdeutsche Erinnerungskultur, ergänzt um Umdeutungsversuche der Vergangenheit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Diese Strategie manifestierte sich in Debatten, Wahlkampfauftritten und in den sozialen Medien – geprägt von Widersprüchen, Flexibilität und gezielter Manipulation. Der vorliegende Beitrag analysiert anhand kritisch eingeordneter Beispiele die geschichtspolitischen- und revisionistischen Strategien der Thüringer AfD im Wahljahr 2024: (1) die Verschiebung der Grenze des Sagbaren, (2) die Revision der Erinnerungskultur, (3) die Diffamierung demokratischer Institutionen, (4) die Mobilisierung von Wähler:innen sowie (5) die völkisch-nationalistische Aneignung von Geschichte. Abschließend wird der Frage nachgegangen, warum gerade Thüringen – aus historischer, kultureller und politischer Perspektive – besonders empfänglich für die Umdeutungsversuche der AfD scheint.

2. Geschichtsrevisionismus in der Thüringer AfD

Der Thüringer Landesverband gründete sich 2013 und entwickelte sich rasch zu einem zentralen Akteur der völkisch-nationalistischen Strömung innerhalb der Partei. Die Unterzeichnung der sogenannten »Erfurter Resolution« im März 2015 im thüringischen Arnstadt markierte die Geburtsstunde des so-

genannten »Flügels« (Die Presse, 12.3.2020), der noch im selben Jahr das erste Kyffhäuser-Treffen am Kaiser-Wilhelm-Denkmal bei Rottleberode ausrichtete (Gilfert 2022: 130). In symbolischer Anlehnung an den Barbarossa-Mythos stilisierte sich das völkisch-nationalistische Lager als Retter der deutschen Nation. Bereits wenige Wochen nach der Gründung des »Flügels« nutzte die AfD Debatten im Thüringer Landtag zur Destabilisierung der Erinnerungskultur. So diffamierte Stephan Brandner am 29. April 2015 einen Antrag der Partei Die Linke, den 8. Mai als Gedenktag anzuerkennen, als »Gedenkinflation«. Dem stellte er die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung entgegen und behauptete die in revisionistischen Kreisen verbreitete Zahl von zwei Millionen Toten (Thüringer Landtag 2015). Seriöse Schätzungen gehen von 500.000 bis 600.000 aus (Haar 2009: 378).

Als richtungsweisend kann die Dresdner Rede Björn Höckes im Januar 2017 angesehen werden. Darin polemisierte er gegen die »dämliche Bewältigungspolitik« und forderte eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« (Philipps-Universität Marburg 2017). Die Rede verfehlte ihre provokative Wirkung nicht: Das bundesrepublikanische Establishment wies Höckes revisionistische Positionen scharf zurück und reagierte mit einer ritualisierten Selbstvergewisserung (vgl. Siebeck 2017). Wenige Tage später versuchte eine Delegation um Höcke am 27. Januar 2017 anlässlich des Internationalen Tags des Gedenkens an die Opfer des Holocaust an einer Veranstaltung in der Gedenkstätte Buchenwald teilzunehmen. Diese verweigerte Höcke angesichts seiner Dresdner Rede mit Verweis auf das Hausrecht und aus Rücksicht auf anwesende Überlebende den Zutritt, die AfD-Delegation stilisierte sich anschließend als Opfer (vgl. Gedenkstätte Buchenwald 2019). Derartige Provokationen sind symptomatisch für die Radikalisierung der Thüringer AfD. Das Landesamt für Verfassungsschutz stufte sie 2020 als Verdachtsfall, ab 2021 als »gesichert rechtsextrem« ein (Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz 2022: 17). In seinem Bericht hob der Verfassungsschutz explizit die geschichtsrevisionistischen Positionen der Partei hervor (ebd.: 27–29).

3. Die Verschiebung der Grenze des Sagbaren

An die Strategie gezielter Provokationen knüpfte die AfD im Landtagswahlkampf 2024 nahtlos an. So postete Höcke am 12. Juli 2024 auf der Messaging-App Telegram eine Bildmontage mit einem Zitat, das Arthur Moeller van den

Bruck zugeschrieben wird – dessen Hauptwerk »Das Dritte Reich« später namensgebend für den nationalsozialistischen Staat wurde (Wagner 2024). Damit richtete er sich gezielt an das neuere Milieu um seinen engen Vertrauten Götz Kubitschek, dessen Antaios-Verlag das Buch bis heute vertreibt. Kubitschek orientiert sich dabei an seinem Vorbild Armin Mohler, der in den 1950er Jahren unter dem Schlagwort »Konservative Revolution« Autoren wie Moeller van den Bruck und Oswald Spengler versammelte. Mohler stilisierte sie als konservativen Gegenentwurf zum Nationalsozialismus – ein Versuch, der angesichts personeller und inhaltlicher Verflechtungen mit dem NS-Regime empirisch kaum haltbar ist (vgl. Linden 2025: 93). Die Bezugnahme auf die »Konservative Revolution« dient als Umweg-Kommunikation, um rechtsextreme Inhalte in ein intellektuelles Gewand zu kleiden.

Neben der Bezugnahme auf die »Konservative Revolution« nutzte die Thüringer AfD im Wahlkampf 2024 auch explizite NS-Referenzen. Das Landtagswahlprogramm wurde mit einem scheinbar unpolitischen Gedicht von Franz Langheinrich eröffnet: »Rauscht ihr noch, ihr alten Wälder« stammt aus dem Jahr 1912 und wirkt zunächst neutral. Der Autor jedoch war später überzeugter Nationalsozialist, schrieb für den »Völkischen Beobachter« und agitierte gegen »entartete Kunst« (Schindler 2024). Auf der Titelseite des Wahlprogramms prangte der Spruch »Alles für Thüringen« (AfD Thüringen 2024) – eine Anlehnung an die SA-Parole »Alles für Deutschland«, für deren Verwendung der Landesvorsitzende Höcke bereits zwei Mal verurteilt worden ist (MDR Sachsen-Anhalt, 2.7.2024). Dies verweist auf die von der AfD strategisch betriebene, schrittweise Verschiebung der Grenze des Sagbaren, um Möglichkeitsräume für bisher tabuisierte Politiken zu erweitern. Die Thüringer AfD folgte dabei einem festen Muster: Nach dem Tabubruch erfolgt die unter anderem von Götz Kubitschek propagierte Selbstverharmlosung (vgl. Kubitschek 2017). So wies Parteistrateg Stefan Möller in einem Interview alle Vorwürfe zurück: Von der NS-Vergangenheit des Dichters habe man nichts gewusst (ZDF 2025).

Abb. 1: Wahlprogramm der AfD-Thüringen zur Landtagswahl 2024 (Screenshot von <https://afd-thueringen.de/landtagswahl-2019/landtagswahlprogramm-2024/>).



4. Die Revision der Erinnerungskultur

Die Thüringer AfD verknüpft die Verschiebung der Grenze des Sagbaren mit Angriffen auf die etablierte Erinnerungskultur: So diffamierte der Kommunalpolitiker Daniel Mandler sie im fraktionseigenen Podcast »Horch ma!« als »Schuld kult« (Möller 2024a). Der Kampfbegriff gehört seit den 1980er beziehungsweise 1990er Jahren zum festen Repertoire der extremen Rechten, auch wenn seine Urheberschaft heute unklar ist (vgl. Wagner 2025: 29). Dahinter steht die Vorstellung, Deutschland habe ein »neurotisches« Verhältnis zur ei-

genen Geschichte, das einer selbstbewussten Nation und einer tabufreien Politikgestaltung im Weg stehe.

Podcast-Host Möller relativierte in einer Sonderfolge zum 8. Mai 2024 die NS-Verbrechen: »Nicht jeder, der 'ne Uniform anhatte, und sei es auch 'ne schwarze von der Waffen-SS, [war] ein Massenmörder« (Möller 2024b). Damit griff er eine ähnliche Aussage seines Parteikollegen Maximilian Krah vorweg, der wenige Wochen später in der italienischen Tageszeitung »La Repubblica« für einen Skandal und den Ausschluss der AfD aus der europäischen Parteienfamilie der Rechtspopulisten sorgte (Lemkemeyer 2024). Das Infragestellen individueller Schuld einzelner SS-Mitglieder dient dabei weder einer juristischen noch historischen Differenzierung. Vielmehr zielt es auf die Delegitimierung des Urteils des Internationalen Militärgerichtshofs von Nürnberg, der die SS 1946 als verbrecherische Organisation einstufte (Internationales Militärtribunal 1947: 107). Damit wird die internationale Aufarbeitung der NS-Verbrechen infrage gestellt, die von der extremen Rechten seit jeher als Ausdruck »alliierten Siegerjustiz« abgelehnt wird (Benz 2003: 84).

Die Thüringer AfD bemühte sich auch um die Konstruktion deutscher Opfermythen. In einer Plenardebatte im Thüringer Landtag anlässlich eines Antrags der Fraktion Die Linke, den 8. Mai 2025 – den 80. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus – einmalig als gesetzlichen Feiertag zu begehen, ergriff der Abgeordnete Sascha Schlösser für die AfD das Wort. Er lehnte den Antrag mit Verweis auf die Rede Richard von Weizsäcker aus dem Jahr 1985 ab, in welcher der damalige Bundespräsident den Doppelcharakter des 8. Mai als Befreiung und Niederlage betont habe. Das Einspannen demokratischer Politiker:innen ist eine in der AfD verbreitete Strategie zur Legitimierung eigener Positionen, die von Götz Kubitschek als »Verzahnung« bezeichnet wird (Kubitschek 2017). Schlösser entgegnete seinem Vorredner Mathias Hey von der SPD, der an die Befreiung des KZ Buchenwald am 11. April 1945 durch die US-Armee erinnert hatte: »Gehen Sie nach Gispersleben. Da ist eine kleine Grabplatte. Da wurden am 11. April durch amerikanische Soldaten 50 blutjunge Soldaten erschossen« (Thüringer Landtag 2024).

Tatsächlich fand am Morgen des 11. April 1945 bei Gispersleben ein Gegenangriff deutscher Truppen, überwiegend SS-Angehöriger (Möller 2017: 111), statt, bei dem amerikanische Soldaten gefangen genommen und an zwei verschiedenen Orten ermordet wurden (Adkins/Adkins Junior 2005: 195; Smith 2022: 110). Als Vergeltung erschossen amerikanische Truppen nach dem Gefecht etwa zwölf gefangene deutsche Militärangehörige (Landesarchiv Thüringen-Hauptstaatsarchiv Weimar 1996). Insgesamt starben an diesem Tag 45

deutsche Soldaten (Buresch 2016: 67). Schösser rundete die Zahl offenbar auf 50 auf und vermischte die im Gefecht gefallenen mit den völkerrechtswidrig erschossenen: Eine für den Geschichtsrevisionismus typische Manipulation.

Noch problematischer wirkte seine Gleichsetzung deutscher Militärangehöriger mit den befreiten Häftlingen des KZ Buchenwald. Diese Darstellung verwischt die Unterschiede zwischen deutschen Kombattanten und Opfern der NS-Verbrechen. Mit seiner Rede setzte er die von Höcke propagierte erinnerungspolitische Wende in die Praxis um: Den Angehörigen der SS soll in einer Reihe mit den Opfern der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gedacht werden. Dabei verschwinden Kategorien wie Täter:innen, Profiteur:innen, Mitläufer:innen und Verfolgte – und damit auch die historische Verantwortung.

5. Delegitimierung der Demokratie

Neben Angriffen auf die Erinnerungskultur nutzte der Landesverband 2024 historische Bezüge, um sich als Opfer einer vermeintlichen Rückkehr totalitärer Verhältnisse zu inszenieren. Auf Telegram teilte sie im Juli 2024 eine Fotomontage mit Stacheldraht als eindeutiger KZ-Bildsprache und einem Marco Wanderwitz zugeschriebenen Zitat. Der CDU-Politiker und ehemalige Ostbeauftragte der Bundesregierung hätte angeblich das »totale Auslöschen der AfD« gefordert (@afd_thl 2024a). Tatsächlich hatte Wanderwitz in einem Phoenix-Interview im Kontext des angestrebten AfD-Verbots gefordert: »Wir müssen versuchen, möglichst viele dieser Menschen zu gewinnen für die Demokratie. Das gelingt uns besser, wenn das Lagerfeuer der AfD erstmal ausgelöscht ist« (@phoenix_de 2024). In der Bildunterschrift ergänzte die AfD, Wanderwitz Aussage rieche »verdächtig nach 1933« (@afd_thl 2024a). Die verzerrte Wiedergabe des Interviews relativiert nicht nur das NS-Regime, sondern delegitimiert auch die Mittel der wehrhaften Demokratie. Der Telegram-Kanal der AfD-Thüringen fungiert dabei als Echokammer: Abonnent:innen können zwar mit Emoticons reagieren, jedoch keine Kommentare verfassen. Dadurch können geschichtsrevisionistische Narrative ungehindert und ohne Widerspruch verbreitet werden. Da die Plattform selbst kaum inhaltliche Moderation betreibt, bietet sie dem Landesverband die Möglichkeit, radikalere Inhalte zu kommunizieren als in stärker regulierten sozialen Netzwerken – mit entsprechend offener NS-Relativierung und verstärkter Opferinszenierung.

Abb. 2: Die AfD-Thüringen postete diese Grafik in ihrem Telegram-Kanal am 9. Juli 2024 mit eindeutiger KZ-Bildsprache (Screenshot von <https://t.me/afdthueringen/908>).



Die Thüringer AfD integrierte zunehmend auch die DDR-Vergangenheit in ihre Geschichtspolitik. Bereits 2019 inszenierte sie sich mit Slogans wie »Vollende die Wende« (Deutschlandfunk, 6.11.2019) als Vollstreckerin unerfüllter Transformationsversprechen und setzte liberale Demokratie und DDR-Diktatur gleich. Diese Strategie wurde 2024 weiterentwickelt und ausgebaut. So rückte sie das Landesamt für Verfassungsschutz wiederholt in die Nähe des Ministeriums für Staatssicherheit (vgl. @afd_thl 2024b). Damit verharmlost sie die Repression in der DDR und untergräbt die Legitimation des Thüringer Verfassungsschutzes, der bereits in der Vergangenheit wegen seiner Verstrickung in den sogenannten NSU-Komplex [NSU ist die Abkürzung für Nationalsozialistischer Untergrund] stark in die Kritik geriet. Nach der Landtagswahl teilte der Abgeordnete Uwe Thrum auf Facebook eine Grafik, die das Landesparlament als »Thüringer Volkskammer« darstellte (vgl. Thrum 2024a). In dem Diagramm entfielen 32 Sitze auf die AfD und 56 auf die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED). Eine Darstellung, welche die demokratischen Parteien als Fortführung der SED-Diktatur und die AfD als einzige wahre Oppositionspartei erscheinen lassen soll.

Abb. 3: MdL Uwe Thrum postete am 30. September 2025 auf Facebook diese Grafik während der Koalitionsverhandlungen (Screenshot von <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=2870107709814661>).



Der Abgeordnete Thrum nutzt Facebook dabei zur Ansprache einer Altersgruppe, die ihre politische Sozialisation noch in der DDR oder der unmittelbaren Nachwendezeit erlebt hat und Facebook als bevorzugte Social-Media-Plattform nutzt (vgl. Müller 2024: 7). Die Beiträge vermeiden in der Regel offene NS-Bezüge und knüpfen stattdessen an biografische Erfahrungen an. So werden in diesem Fall Erinnerungen an die SED-Diktatur und politische Entmündigung mit der Gegenwart in Beziehung gesetzt. Die Plattform ermöglicht es zudem durch Sharefunktionen und Kommentarspalten eine scheinbare Bürgernähe zu inszenieren. In den Reaktionen zeigt sich die Resonanz dieser Strategie: Mehrere Follower:innen warnten in der Kommentarspalte unter Thrums Posting vor einem neuen SED-Regime (vgl. Thrum 2024b). Die historischen Verzerrungen werden somit nicht nur rezipiert, sondern durch Nutzer:innen aktiv reproduziert.

Die Thüringer AfD nutzte die DDR-Vergangenheit jedoch nicht nur als Negativfolie zur Delegitimierung der Demokratie, sondern auch als Mobilisie-

runnungspotenzial. Dabei setzte sie auf ostdeutsche Identitätsmarker und nostalgische Symbolik. Ein exemplarisches Beispiel hierfür ist Höckes Ausfahrt auf einem Simson-Kleinkraftrad. Die in der DDR produzierten Zweiräder besitzen im Osten Deutschlands bis heute Kultstatus und symbolisieren gerade für die ländliche Jugend Unabhängigkeit und Mobilität jenseits parteipolitischer Zuschreibungen. Die Thüringer AfD bot auch offen erklärenden Deutungen an: So hob Höcke in einer Rede am 19. September 2024 in Cottbus die vermeintlichen Vorzüge der DDR hervor: »soziale Sicherheit, [...] Vertrauen, [...] Nachbarschaft, Solidarität, innere Sicherheit, gute Bildung« (@Weichreite 2024). Diese idealisierte Darstellung blendet zentrale Aspekte der autoritären SED-Herrschaft aus – etwa die an Systemtreue gebundene soziale Absicherung, die Überwachung sowie die ideologische Prägung des Bildungswesens. Dabei löste er die repressiven Elemente aus ihrem historischen Kontext und projizierte sie auf die Gegenwart. Phänomene wie »Blockparteiensystem, Zensur, das Auseinanderfallen von privater und öffentlicher Meinung« (ebd.) würden heute eine Wiederkehr erleben. Mit der Aussage »Die DDR war ein Land, das von einem Volk bewohnt wurde – und zwar vom deutschen Volk!« (ebd.) stilisiert er die Diktatur implizit – unter Ausblendung der dort lebenden Migrant:innen – zu einem ethnisch homogenen Gegenentwurf zur heutigen bundesdeutschen Migrationsgesellschaft.

6. Völkisch-nationalistische Aneignung

Die völkisch aufgeladene DDR-Deutung der AfD knüpft an eine strategische Resignifikation des Volksbegriffs an. Götz Kubitschek forcierte bereits 2015 den Wandel von »Volk« als demokratischem Souverän (*demos*) hin zu einer ethnisch verstandenen Schicksalsgemeinschaft (*ethnos*), wobei er gezielt die DDR-Oppositionsparole »Wir sind das Volk« vereinnahmte (Weiß 2025: 178). Dabei stützt sich die Neue Rechte auf metapolitische Anleihen unter anderem bei dem marxistischen Philosophen Antonio Gramsci, der kulturelle Hegemonie als Vorherrschaft durch gesellschaftliche Deutungsmacht verstand (Weiß 2017: 54f.). Die ethnische Umdeutung nutzt unterdessen auch die AfD seit mindestens 2015 (vgl. Salzborn 2017: 30). Höcke setzte diese Strategie 2024 fort, als er einen Artikel des neurechten Magazins »Wir selbst« samt Karikatur aus einer SS-Zeitung lobte und vor der Zerstörung des »Demos« durch »Multi Kulturalisierung« warnte (Höcke 2024). Damit konstruiert die AfD Ostdeutschland als ethnisch homogenen, wertekonservativen Gegen-

entwurf zum durch Migration und Liberalismus »verkommenen« Westen. Exemplarisch begrüßte Höcke beim Wahlkampfauftakt in Arnstadt im Juli 2024 Helfer:innen aus den alten Bundesländern mit den Worten, sie könnten sich hier »mal so richtig [...] erholen« (@AfDTV 2024).

Die Thüringer AfD konstruiert ein ambivalentes Bild der DDR und der ostdeutschen Nachwendegesellschaft, das völkische Umschreibungen mit der Aneignung der Oppositionsbewegung verbindet. Dabei trennt sie zwischen einer »guten« DDR (Ordnung, Sicherheit, ethnische Homogenität) und einem fremdbestimmten Unrechtssystem (Überwachung und Repression durch eine kleine Elite). Diese Strategie mobilisiert unterschiedliche Zielgruppen: populistisch eingestellte Wähler:innen, die sich in Fundamentalopposition zum System sehen (60 Prozent der Thüringer:innen teilen eine populistische Weltsicht, vgl. Reiser et al. 2025: 31), DDR-Nostalgiker:innen (41 Prozent bewerten die DDR positiv, vgl. ebd.: 11) und rechtsextreme Klientel durch völkische Deutungsangebote. Die AfD profitiert dabei vom »widersprüchlichen Nebeneinander unterschiedlicher DDR- und Transformationserfahrungen, die sich in ostdeutschen Identitätskonstruktionen wiederfinden« (Schergaut/Streitberger 2025: 58). Gleichzeitig nutzt sie Mängel der demokratischen Erinnerungskultur, die ostdeutsche Perspektiven zur sowjetischen Besatzung oder zum SED-Unrecht bislang unzureichend integriert hat.

Die revisionistischen Narrative der AfD speisen sich auch aus Defiziten der Erinnerungskultur in der DDR. So diente der staatlich verordnete Antifaschismus vornehmlich der Legitimierung der SED und nicht einer gesellschaftlichen Aufarbeitung von NS-Verbrechen im eigenen Land. Nach einer Phase rigoroser Entnazifizierung folgte ab den 1950er Jahren eine Politik der Amnestie und Integration – ein »Tausch von Absolution gegen Loyalität« (Classen 2003: 112). Die offizielle Geschichtsdeutung interpretierte den Nationalsozialismus im Sinne der sogenannten Dimitroff-Formel als das Werk einiger Kapitalisten und Junker, wodurch große Teile der Bevölkerung entschuldete wurden. Die NS-Vergangenheit wurde externalisiert und auf die Bonner Bundesrepublik projiziert. Der kommunistische Widerstand wurde zugleich heroisiert – ein Narrativ, das die Biografien vieler Mitläufer:innen und Profiteur:innen konterkarierte. Begriffe wie *Faschismus* und *Antifaschismus* wurden derart inflationär gebraucht, dass sie weitgehend inhaltlich entleert waren.

Dieser autoritär verordnete Staatsantifaschismus erwies sich als brüchig: Bereits in den 1960er Jahren entstanden neonazistische Gruppen in der DDR (vgl. Waibel 2017: 114), ab den 1980er Jahren belegten Studien den Rückgang antifaschistischer und den Anstieg fremdenfeindlicher Einstellungen bei

Jugendlichen (vgl. Schubarth et al. 1991). Die offizielle Erinnerungskultur, geprägt von starren Freund-Feind-Schemata, formelhaften Bekenntnissen zum Antifaschismus und antiwestlichen Ressentiments, blieb weitgehend ritualisiert und inhaltsleer. Sie hinterließ Leerstellen, die geschichtsrevisionistische Deutungsangebote heute gezielt füllen können. Das historisch gewachsene Misstrauen gegenüber staatlicher Erinnerungspolitik, antiwestliche Feindbilder und Überwachungserfahrungen erleichtern AfD-Narrative, die liberale Demokratie als Fortführung der SED-Diktatur und Erinnerungskultur als aufgezwungenen »Schuldskult« delegitimieren.

Die Polykrise der letzten Jahre hat diese Tendenzen weiter verstärkt. In Thüringen entstanden während der Corona-Pandemie zahlreiche lose organisierte Gruppen, vereint durch tiefes Misstrauen gegenüber Institutionen und Medien. Die AfD erkannte früh ihr Mobilisierungspotenzial und knüpfte an verschwörungsideologische Narrative an, die häufig anschlussfähig für geschichtsrevisionistische Deutungen sind. Wer die Deutungshoheit der Gegenwart anzweifelt, ist auch eher geneigt, die Überlieferung der Vergangenheit infrage zu stellen, wie auch die von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) in Auftrag gegebene MEMO-Studie 2021 zeigen konnte (vgl. Papendick et al. 2021: 28). Im Kontext der Corona-Pandemie traten dabei drei Formen des Geschichtsrevisionismus besonders hervor: Selbstviktimisierung, die Deutung der Corona-Schutzverordnung als Wiederkehr totalitärer Verhältnisse und die historisch aufgeladene Legitimierung des eigenen Widerstandes (Virchow 2025: 46–49). So auch in Weimar, wo sich Teilnehmer:innen der sogenannten Montagsspaziergänge vor allem über Telegram organisierten. Auf einem ihrer Proteste nutzten sie die ikonografische Geste der erhobenen Hand des »Schwurs von Buchenwald« – einer zentralen Figur der Fritz-Cremer-Statue am gleichnamigen Mahnmal – als identitätsstiftendes Symbol ihres Protests. Damit inszenierten sie sich als Erb:innen des antifaschistischen Widerstands – diesmal jedoch gerichtet gegen den vermeintlichen Faschismus der damaligen Ampel-Regierung (vgl. Wagner 2025: 27). Die AfD inszenierte sich regelmäßig als parlamentarischer Arm dieser rechten Mischszene, etwa am 10. Februar 2025, als zwei Bundestagskandidaten Grußworte in Weimar ausrichteten (vgl. @freieth 2025). Dieses Beispiel verdeutlicht, wie eng verzerrte Geschichtsbilder, rechtsoffenes Protestmilieu und AfD in Thüringen miteinander verzahnt sind und zur Erosion historischen Bewusstseins und der liberalen Demokratie beitragen.

7. Fazit

Die Thüringer AfD setzte 2024 historische Bezüge gezielt als Wahlkampfstrategie ein. Mit Anspielungen auf die sogenannte Konservative Revolution und den Nationalsozialismus mobilisierte sie rechtsextreme Milieus, stellte zentrale Narrative der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur infrage und verschob systematisch die Grenzen des Sagbaren. Sie relativierte demokratische Grundwerte wie Pluralismus, Menschenwürde und historische Verantwortung und versuchte durch Opfermythen und Tabubrüche die NS-Vergangenheit zu entkriminalisieren. Dabei zielte sie auf eine »unbelastete« Identifikation mit der deutschen Geschichte und die Normalisierung von Politiken, die bisher aus der historischen Erfahrung heraus geächtet waren.

Zugleich untergrub die AfD das Vertrauen in demokratische Institutionen, indem sie NS- und SED-Diktatur verzerrt mit der Gegenwart verglich. Begriffe wie »Stasi« oder »Blockparteien« wurden aus dem historischen Kontext gelöst, um aktuelle Politik als Repression zu rahmen und die AfD als legitime Stimme eines unterdrückten »Volkswillens« zu inszenieren. Dieses Framing griff auf ein historisch gewachsenes Misstrauen gegenüber Staat, Gedenkpolemik und liberaler Demokratie zurück – Haltungen, die während der Corona-Pandemie in einem sich selbst als widerständig verstehenden Protestmilieu virulent wurden. In der Mobilisierung konnte sie mit widersprüchlichen Zugriffen auf die Geschichte Wähler:innen mit divergierenden DDR- und Transformationserfahrungen ansprechen. Durch völkische Umdeutungen versuchte sie eine ethnisch homogene Kontinuitätslinie zu erzeugen, um Ostdeutschland als widerständigen Gegenentwurf zum von Migration und Liberalismus geprägten Westen zu stilisieren. Die Übergänge zwischen den verschiedenen Strategien waren dabei oft fließend.

Zentral für die Verbreitung geschichtsrevisionistischer Narrative war die strategische Nutzung sozialer Medien. Die Thüringer AfD dosierte ihre Inhalte plattformspezifisch, um unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen: Telegram fungierte als digitaler Vorstoßraum für besonders radikale Inhalte ohne Moderationsschranken und als Vernetzungsraum für die rechtsoffene Mischszene aus Corona-Protestler:innen, Verschwörungsideolog:innen und AfD-Anhänger:innen. Facebook hingegen ermöglichte durch moderatere Formulierungen und biografische Anknüpfungspunkte an DDR- und Transformationserfahrungen die gezielte Ansprache der in der DDR und Nachwendezeit sozialisierten Generationen. Der Wahlkampf in Thüringen zeigt: Der Geschichtsrevisionismus der AfD ist kein Randphänomen, sondern integraler Bestandteil ihrer

Strategie. Das Ergebnis aus der Landtagswahl von knapp 33 Prozent (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2024) konnte sie in der Bundestagswahl nochmals auf knapp 39 Prozent (Bundeswahlleiterin 2025) steigern. Es ist davon auszugehen, dass historische Verzerrungen und Instrumentalisierungen weiter Einfluss auf den Diskurs nehmen werden. Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft sind gefordert, adäquate Antworten darauf zu finden – analog wie digital.

»Geschichte statt Mythen« ist eine Kooperation der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, gefördert von der Stiftung EVZ. Das Projekt erfasst, dokumentiert und analysiert Geschichtsrevisionismus und veröffentlicht seine Erkenntnisse über die Homepage www.geschichte-statt-mythen.de sowie über Social Media und öffentliche Auftritte. Im Fokus stehen parlamentarische Auseinandersetzungen, Social-Media-Beiträge und Publikationen der extremen Rechten. Dabei zeigt sich: Klassische Topoi extrem rechter Geschichtspolitik und geschichtsrevisionistische Mythen werden zielgruppenspezifisch aufbereitet – von prägnanten Reels auf Instagram und TikTok für Jugendliche bis hin zu pseudointellektuellen Publikationen der Neuen Rechten. Diesen historischen Verzerrungen stellt das Projekt »Geschichte statt Mythen« eine wissenschaftlich fundierte Gegenrede entgegen.¹

Literatur

- @afd_thl (2024a): »Totale Auslöschung. So so, Herr Wanderwitz«, [Post], <https://t.me/afdtueringen/908>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- @afd_thl (2024b): »Liebe Thüringer, Aufgrund der aktuellen...«, [Post], https://t.me/afd_thl/3315, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- @AfDTV (2024): »Wahlkampfstart live aus Thüringen: Mit Björn Höcke, Jörg Urban & Hans-Christoph Berndt!«, [Video], <https://www.youtube.com/watch?v=XhqC1lzTboI>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- @freiesth (2025):  Weimar am 10. Februar 2025! Die Thürin...«, [Post], <https://t.me/freiesth/24114>, letzter Zugriff: 21.2.2026.

1 Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Stiftung EVZ dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

- @phoenix_de (2024): »#Grundgesetz | ›Wir müssen versuchen, mö...« [Post], https://x.com/phoenix_de/status/1791057630858788874, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- @Weichreite (2024): »AfD Wahlkampf, Höcke – Cottbus 19.09.24«, [Video], <https://www.youtube.com/watch?v=TmYKjJdozqs>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Adkins, Andrew Z./Adkins Junior, A.Z. (2005): *You can't get much closer than this*, Philadelphia/Oxford: Casemate.
- AfD Thüringen (2024): Alles für Thüringen, *Das Wahlprogramm der AfD für Thüringen*, <https://thueringen-landtagswahl.de/programm/>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Bailer-Galanda, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang (1996): *...ihrer Überzeugung treu geblieben. Rechtsextremisten, »Revisionisten« und Antisemiten in Österreich*, Wien: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands.
- Benz, Wolfgang (2003): Kriegsverbrechen der Alliierten, in: Wolfgang Benz/Peter Reif-Spirek (Hg.): *Geschichtsmythen: Legenden über den Nationalsozialismus*, Berlin: Metropol Verlag, 65–86.
- Bormuth, Heike (2023): Unschärfe und Überschärfe: Zur Fassung von Geschichtsrevisionismus – Part III: Gängige Definitionen, offene Fragen und vorsichtiges Fazit, https://historischdenkenlernen.blogs.uni-hamburg.de/unschaerfe-und-ueberschaerfe-iii/#_ftnrefi, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Bundeswahlleiterin (2025): Bundestagswahl 2025: Thüringen, <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2025/ergebnisse/bund-99/land-16.html>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Buresch, Anja (2016): *Kampf um Erfurt*, Erfurt: Sutton Verlag.
- Classen, Christoph (2003): Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten, in: Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice G. Poutrus (Hg.): *Fremde und Fremdsein in der DDR: Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland.*, Berlin: Metropol Verlag, 101–126.
- Deutschlandfunk (6.11.2019): Die DDR-Wende und die AfD: Wem gehört die Friedliche Revolution?, <https://www.deutschlandfunk.de/die-ddr-wende-und-die-afd-wem-gehoert-die-friedliche-100.html>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Die Presse (12.3.2020): Der braune »Flügel« der AfD, <https://www.diepresse.com/5783950/der-braune-fluegel-der-afd>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Gedenkstätte Buchenwald (2019): Warum in den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora Politiker:innen der AfD bei Gedenkveranstaltungen

- nicht willkommen sind [Pressemeldung], <https://www.buchenwald.de/newsroom/AfD-bei-Gedenkveranstaltungen-nicht-willkommen>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Gilfert, Julia (2022): Der Kyffhäuser – ein Denkmal zwischen rechter Verein-
nahme und zivilgesellschaftlichem Engagement, in: Institut für Demo-
kratie und Zivilgesellschaft (Hg.): *Schwerpunkt Demokratie unter Druck*, Jena,
128–137.
- Haar, Ingo (2009): Die deutschen ›Vertreibungsverluste‹ – Forschungsstand,
Kontexte und Probleme, in: Rainer Mackensen/Jürgen Reulecke/Josef Eh-
mer (Hg.): *Ursprünge, Arten und Folgen des Konstrukts »Bevölkerung« vor, im
und nach dem »Dritten Reich«*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften,
363–381.
- Höcke, Björn [@BjoernHoeckeAfD] (2024): »Wer die Bundesrepublik im Br...«
[Post], <https://t.me/BjoernHoeckeAfD/2527>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Internationales Militärtribunal (1947): *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher
vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Bd. 1, Nürnberg: Reichenbach.
- Kubitschek, Götz (2017): Selbstverharmlosung, in: *Sezession*, 76, 26–28.
- Landesarchiv Thüringen-Hauptstaatsarchiv Weimar (1996): *Landeskriminalamt
Thüringen*, Nr. 658, Bl. 80–83.
- Lemkemeyer, Sven (2024): Nach Skandalen um Krah: Rauswurf aus Fraktion
im EU-Parlament dürfte AfD zwei Millionen Euro kosten, <https://www.tagesspiegel.de/internationales/nach-skandalen-um-krah-rauswurf-aus-fraktion-im-eu-parlament-duerfte-afd-zwei-millionen-euro-kosten-11784359.html>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Linden, Markus (2025): Der Geschichtsrevisionismus der AfD: Akteure, Or-
gane, Inhalte, in: Jens-Christian Wagner/Sybille Steinbacher (Hg.), *Rech-
ter Geschichtsrevisionismus in Deutschland: Formen, Felder, Ideologie*, Göttingen:
Wallstein, 91–105.
- MDR Sachsen-Anhalt (2.7.2024): Wegen NS-Parole: AfD-Politiker Hö-
cke wieder zu Geldstrafe verurteilt, <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/hoecke-prozess-urteil-afd-ns-parole-halle-102.html#:text=NS%2DParole%3A%20Erstes%20Urteil%20gegen,legte%20die%20Verteidigung%20Revision%20ein>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Möller, Jürgen (2017): *Panzerkeile auf der Thüringer Autobahn April 1945*, Bad Lan-
gensalza: Rockstuhl.
- Möller, Stefan (2024a): Folge 33: Blaue Kulturpolitik – im Schweinsgalopp
durch die Kulturszene mit Daniel Mandler, <https://www.buzzsprout.c>

- om/2197981/episodes/15989254-folge-33-blaue-kulturpolitik-im-schweinsgalopp-durch-die-kulturszene-mit-daniel-mandler, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Möller, Stefan (2024b): Sonderfolge: Gedenken am 8. Mai – wo gehts raus aus dem geschichtspolitischen Minenfeld?, <https://audio.buzzsprout.com/1fnab4qgg2pkztgzsd2rlrx49fg?response-content-disposition=inline&>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Müller, Thorsten (2024): Ergebnisse der ARD/ZDF-Medienstudie 2024, in: *Media Perspektiven*, 28, 1–8, https://www.media-perspektiven.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2024/MP_28_2024_ARD_ZDF-Medienstudie_2024_Zahl_der_Social-Media-Nutzenden_steigt_auf_60_Prozent_01.pdf, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Papendick, Michael/Rees, Jonas/Scholz, Maren/Zick, Andreas (2021): *Multidimensionaler Erinnerungsmonitor STUDIE IV | 2021*, Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.
- Philipps-Universität Marburg (17.1.2017): »Gemütszustand eines total besiegten Volkes«, <https://www.uni-marburg.de/de/fbo3/politikwissenschaft/fachgebiete/politische-theorie-und-ideengeschichte/portal-ideengeschichte-1/studium/11-hoecke.pdf/@download/file/11-H%C3%B6cke.pdf>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Reiser, Marion/Küppers, Anne/Hebestreit, Jörg/Vogel, Lars/Zissel, Pierre (2025): *Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2024*, Jena: Universität Jena & KomRex.
- Salzborn, Samuel (2017): *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*, Weinheim: Beltz Juventa.
- Schergaut, Jakob/Streitberger, Johannes (2024): Geschichtspolitik der AfD im Wahlkampf 2024, in: Ezra/Mobit/KomRex/IDZ (Hg.): *Thüringer Zustände: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen*, Jena, 54–59.
- Schindler, Frederik (2025): »Was interessieren mich Dinge, die 80 Jahre her sind?«, fragt Höcke, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus255334148/AfD-Wahlkampf-Was-interessieren-mich-Dinge-die-80-Jahre-her-sind-fragt-Hoecke.html>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Schindler, Frederik (2024): Thüringer AfD wirbt im Wahlprogramm mit Nationalsozialist, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article252566026/Landtagswahl-Thueringer-AfD-wirbt-im-Wahlprogramm-mit-Nationalsozialist.html>, letzter Zugriff: 21.2.2026.

- Schubarth, Wilfried/Pschierer, Rorald/Schmidt, Thomas (1991): Verordneter Antifaschismus und die Folgen. Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/535542/verordneter-antifaschismus-und-die-folgen-das-dilemma-antifaschistischer-erziehung-am-ende-der-ddr/>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Siebeck, Cornelia (2017): Dies- und jenseits des Erinnerungskonsenses: Kritik der postnationalsozialistischen Selbstvergewisserung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 42/43, 23–28.
- Smith, Robert M. (2022): *Mother of The Company. Sgt. Percy M. Smith's World War II Reflections*, Austin: Texas A&M University Press.
- Thrum, Uwe [@uwe.thrum.7] (2024a): Ohne Titel, [Post], <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=2870107709814661>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Thrum, Uwe [@uwe.thrum.7] (2024b): »Nur wer #GEGEN #DEN #STROM schwimmt gelangt auch zur Quelle«, [Post], <https://www.facebook.com/uwe.thrum.7/posts/pfbido2sDy84gBVTtZaSJKocgR3RqXftu3whS6MLHbpT5UU9qjdnQE7HdMe4CvwDqDwFKtul>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024): Landtagswahl 2024 in Thüringen – endgültiges Ergebnis, <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2024&zeigeErg=Land>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (2022): Verfassungsschutzbericht 2021. Freistaat Thüringen [Pressefassung], https://verfassungsschutz.thueringen.de/fileadmin/Verfassungsschutz/VSB_2021.pdf, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Thüringer Landtag (2024): Thüringer Landtag. 3. Plenarsitzung, https://live.thltcloud.de/Veranstaltung/Plenarsitzung_2024_2-3/20241114, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Thüringer Landtag (2015): Thüringer Landtag. 6. Wahlperiode, 12. Sitzung, https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/54854/12_plenarsitzung.pdf, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Virchow, Fabian (2025): Covid-19 und die Folgen. Drei Formen des Geschichtsrevisionismus im Milieu der Pandemieleugnung, in: Jens-Christian Wagner/Sybille Steinbacher (Hg.): *Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland: Formen, Felder, Ideologie*, Göttingen: Wallstein, 41–53.
- Wagner, Jens-Christian (2025): Zwischen Schuldabwehr, Schuldumkehr und Instrumentalisierung: Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland,

- in: Ders./Sybille Steinbacher (Hg.): *Rechter Geschichtsrevisionismus in Deutschland: Formen, Felder, Ideologie*, Göttingen: Wallstein, 15–40.
- Wagner, Jens-Christian (2024): Vordenker des Nationalsozialismus als Paten des AfD-Programms, <https://www.geschichte-statt-mythen.de/aktuelles/lang-heinrich>, letzter Zugriff: 21.2.2026.
- Waibel, Harry (2017): *Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR*, Stuttgart: Schmetterling Verlag GmbH.
- Weiß, Volker (2025): *Das Deutsche Demokratische Reich: Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, 2. Aufl., Stuttgart: Klett-Cotta.
- Widmann, Peter (2005): Die Ursachen des zweiten Weltkriegs und die rechts-extreme Propaganda, in: Wolfgang Benz/Peter Reif-Spirek (Hg.): *Geschichtsmythen. Legenden über den Nationalsozialismus*, 2. Aufl., Berlin: Metropol, 43–64.
- Wolfrum, Edgar (1999): *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- ZDF (2025): »Möller: »Null Bezug zur Nazi-Zeit«« [Video], <https://www.zdfheute.de/video/zdf-morgenmagazin/stefan-moeller-im-moma-vor-der-wahl-100.html>, letzter Zugriff: 21.2.2026.